

Wenn die Badewanne überläuft

Bald rollt wieder radioaktive Fracht nach Gorleben. Das ganze Wendland bereitet sich auf den unerwünschten Transport vor. Es geht um mehr als nur die eigene Haut. Ein Besuch vor Ort

Von Anke Schwarzer

Wenn die Badewanne überläuft, wischt man nicht zuerst den Boden auf und dreht dann erst den Wasserhahn zu. Nein, man sorgt so schnell wie möglich dafür, dass kein Wasser mehr fließt. Dieses Statement ist zurzeit im niedersächsischen Wendland genauso oft zu hören, wie das große, gelb gestrichene X aus zwei Holzlatten am Straßenrand zu sehen ist. Alle, die sich gegen den nächsten Castortransport stellen, haben den Badewannen-Vergleich auf Lager. Er spielt auf die ungelöste Endlagerfrage für hochradioaktiven Müll an, denn weltweit gibt es keine Idee,

wie der strahlende Abfall über 50 000 Generationen hinweg sicher gelagert werden und allen kommenden Eiszeiten und sonstigen Umbrüchen trotzen könnte.

»Es ist eine Dreistigkeit, dass trotz dieses Wissens Atommüll weiterproduziert wird«, sagt Francis Althoff. Er fordert, dass die Atomkraftwerke sofort abgeschaltet werden sollen. Der hochgewachsene Mann mit den grauen Haaren ist Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Monika Tietke von der Bäuerlichen Notgemeinschaft schimpft: »Jeder Pommesbude muss einen Nachweis darüber haben, wo das Frittierzett bleibt. Bei den Atomkraftwerkbetreibern fragt niemand nach der Entsorgung.«

Beide sind Aktivisten, die sich seit Jahren gegen die Atomanlagen im Wendland wehren. Sie und zahlreiche weitere Gruppen bereiten sich derzeit auf den nächsten Transport von elf Behältern aus dem französischen La Hague vor. Erwartet wird die radioaktive Fracht um den 9. November.

»Alle drei Wochen treffen sich fünfzig bis sechzig Delegierte verschiedener Gruppen zum Ratschlag und stimmen die Aktionen ab, die rund um den Castortransport stattfinden sollen«, erzählt Francis Althoff und streicht sich die langen Haare aus dem Gesicht. Schülergruppen, Dorfinitiativen und Einzelpersonen gestalten Plakate, diskutieren Flugblätter, planen Anzeigenkampagnen, stopfen große Puppen mit Stroh aus und überlegen sich fantasievolle Aktionen. »Manche belächeln unsere Aktivitäten als Karneval, aber unser Anliegen ist es nicht nur, den Castor zu verhindern, sondern die Problematik rund um die Atomkraft in die Öffentlichkeit zu tragen. Nur für die Medien veranstalten wir ja diesen Zinnober!«, sagt Monika Tietke. Immer wieder sei sie erschüttert, wie wenig über die Situation in Gorleben bekannt sei. Viele wüssten nicht einmal, dass das Endlager im Salzstock noch gar nicht genehmigt sei und die Castoren Jahr für Jahr in eine Blechhalle gebracht werden. Wie lange sie dort bleiben, weiß zurzeit keiner. »Die Castorbehälter sind meist für eine trockene Zwischenlagerung von vierzig Jahren vorgesehen«, sagt Florian Emrich, Sprecher des für die

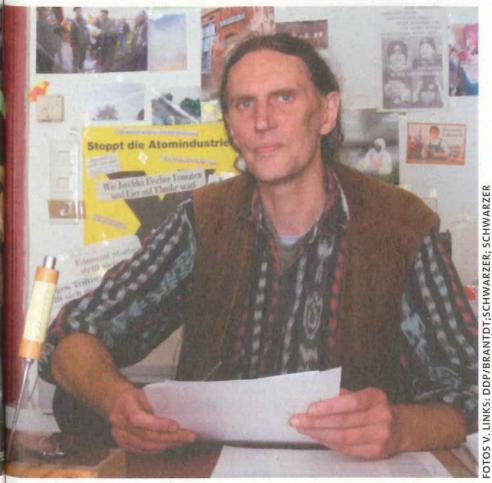
Genehmigung zuständigen Bundesamtes für Strahlenschutz.

Monika Tietke stellt einen Korb mit Kaffee und Kuchen am Feldrand ab. Ihr Hof, der in den 1980er-Jahren auf Bio-Anbau umgestellt wurde, hat gerade mit der Kartoffelernte zu tun. »Alle Höfe sind bis November im Stress, und dann kommt auch noch der Castor«, sagt sie. Eine dichte Erdstaubwolke umgibt den Kartoffelroder, der über das Feld brummt. Der Fahrer, Monika Tietkes Mann, klettert aus dem Traktorhäuschen. »Wie schnell doch 100 000 Jahre vergehen! Das wäre doch die passende Überschrift für den Artikel«, sagt der Landwirt in der blauen Latzhose zur Begrüßung und lacht freundlich. Das Atomlager Asse sollte so lange halten, jetzt sauge der Salzstock schon nach wenigen Jahren ab. Die Tietkes engagieren sich seit vielen Jahren in der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Dieser lose Zusammenschluss von alteingesessenen Familien hat keine Satzung, keinen Vorstand, keinen Mitgliedsbeitrag. Die Bauern hegen wenig Neigung zu Vereinsmeierei und Politikgemäuschel. Auch den Parteien, und zwar allen, stehen sie kritisch gegenüber. In ruhigen Zeiten kommen dreißig bis vierzig Landwirte, in den heißen Phasen vor dem Castortransport bis zu 300. »Wir sind schon so routiniert, dass wir nicht so viel vorbereiten müssen«, sagt Monika Tietke. »Wir kennen uns und wissen, wer was machen kann«, erklärt sie die Arbeitsweise der Bäuerlichen Notgemeinschaft. »Ein Anruf genügt meistens. Wir brauchen einen Laster Stroh, wer macht das? Und wenn der Angerufene das nicht selbst erledigen kann, dann weiß er garantiert jemand anderen, der die Sache übernimmt.«

Neben zahlreichen Aktivitäten findet am 8. November in Gorleben auch eine Großdemonstration aller Gruppen statt. »Atomkraft – Nein danke!«, lautet der alte und



»Strahlender Abfall, über 50 000 Generationen
Bäuerliche Notgemeinschaft, Francis Althoff,



ungelöst«: Monika und Eckhard Tietke,
Sprecher der Bürgerinitiative

FOTOS V. LINKS: DDP/BRANTO; SCHWARZER/SCHWARZER

ANZEIGE

schlichte Slogan. »Selbstverständlich gibt es auch immer Überraschungen. Es ist nicht immer so klug, alle Pläne in die Öffentlichkeit zu tragen«, so Francis Althoff, der Sprecher der Bürgerinitiative. Das gilt insbesondere für Blockadeaktionen auf der Straße, wie sie von der Bäuerlichen Notgemeinschaft schon viele Male gemacht wurden – sei es mit Traktoren oder mit festgeketteten Menschen. Auch autonome Kleingruppen verraten nicht viel: »Wir versuchen wieder, mit möglichst vielen Aktivisten auf die Transportstrecke zu kommen«, kündigt ein Aktivist aus Hamburg an. Von Gewalt spricht hier übrigens kaum jemand, die allermeisten Aktivisten benutzen das Wort »Sachbeschädigung«.

Die Diskussion um neue Reaktoren und längere Laufzeiten machten viele Aktivisten wütend, so Francis Althoff. Ärgerlich sei auch, dass die großen vier Kraftwerksbetreiber E.on, RWE, EnBW und Vattenfall den Atomstrom zu Ökostrom mutieren ließen. Mit der Atomkraft würde nicht das Klima, sondern der Extraprofit der Betreiber gerettet. Francis Althoff sitzt hinter einem mächtigen Schreibtisch im kleinen Büro der Bürgerinitiative. Schwarz und Gelb sind die prägenden Farben in dem kleinen Laden an der Hauptstraße in Lüchow: Gelbe Plakate mit schwarzer Schrift »Castor-Alarm 2008«, mit dem obligatorischen X beklebte Spendendosen, gelb-schwarze Aufkleber mit dem Slogan »Wir stellen uns quer«. In den Regalen, die bis an die Decke reichen, stehen dichte Reihen Aktenordner, lagern Dokumentationen, Broschüren und gefaltete Stoff-Transparente. An der Wand hängen Fotos von Sitzblockaden, eine »SMS und Telefon-Alarmliste für den Landkreis« liegt aus. Wer in den heißen Tagen auf dem Laufenden sein möchte – Wo ist der Castor jetzt? Wo gibt es Ärger mit der Polizei? – kann sich hier eintragen. »Unsere Speerspitze des Widerstands ist die Initiative 60«, sagt Francis Althoff.

Die Aktivisten sind über sechzig Jahre alt und stehen immer ganz vorne. Oft seien die jungen Polizisten irritiert, wenn sie plötzlich der älteren Generation gegenüberstehen, berichtet der Sprecher der Bürgerinitiative. Darüber hinaus seien noch zahlreiche andere Gruppen engagiert, etwa die Gorleben-Frauen, Schülergruppen, die Sitzblockadeaktivisten von X-tausendmal-quer und die Stuhlprobe. Letzteres sind Menschen, die mit Klappstuhl und Buch vor dem Castor-Verladekran in Dannenberg demonstrieren oder an anderen ungewöhnlichen Orten Lesungen veranstalten.

Viele sind nicht nur in den Wochen vor dem Castor aktiv. Elisabeth Hafner etwa en-

gagiert sich beim *Gorlebener Gebet*, einer Gruppe, die sich seit 1989 jeden Sonntag vor dem Zwischenlager an mehreren hohen Holzkreuzen versammelt. »Es ist wichtig, was im November passiert, aber es ist auch wichtig, was das ganze Jahr über gemacht wird«, so die Yogalehrerin. Jede Woche treffen sich dort etwa zehn Menschen, während des Castortransports sind es fast 300, die unter Polizeibeobachtung beten. Auch Francis Althoff betont die kontinuierliche Arbeit: »Wir sind immer dabei, das ganze Jahr und auch samstags.« Die Bürgerinitiative, die sich seit über dreißig Jahren erfolgreich gegen Atomanlagen, etwa gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage, wehrt, habe 900 Mitglieder und sei ein größerer Verband als die politischen Parteien im Landkreis.

Neben dem Protest auf der Straße erstelle die Initiative auch Publikationen und informiere die Öffentlichkeit auf Veranstaltungen. Außerdem betreibe man »Juristerei«. Die Bürgerinitiative geht gegen Grundrechte-Verstöße wie auch gegen Sicherheitsmängel vor. »Wir sind schon fast ein alternativer Behälter-TÜV«, sagt er. Vor Gericht haben sie schon so manchen Sieg eingeholt. Die Praxis der Polizei, ganze Dörfer einzukesseln und Versammlungen

mit Gewalt aufzulösen, wurde im Nachhinein immer wieder von den Gerichten gerügt. Was die Polizei aber nicht hinderte, es im nächsten Jahr genauso zu machen.

Einmal haben sie sich mit der Juristerei ins eigene Fleisch geschnitten. Sie bemängelten, dass es in der Halle neben dem Salzstock, in der die Castoren lagern, keine Möglichkeit gibt, beschädigte Castoren zu reparieren. »Diese Klage war zu kurz gedacht«, sagt Monika Tietke. Sie ruckelt in ihrem VW-Transporter über einen Waldweg. Tomaten rollen in einer Pappkiste, am Rückspiegel tanzt ein kleines, gelbes Holz-X. Sie zeigt auf die große Anlage, die hinter Stacheldraht und einem hohen Erdwall steht: die seit 2000 betriebsbereite Pilot-Konditionierungsanlage. »Hier könnten kaputte Castorbehälter repariert werden«, erklärt die Bio-Bäuerin. Gleichzeitig seien mit der Anlage aber weitere Tatsachen für ein Endlager geschaffen worden. Dort können Kopf- und Flussstücke der Brennelemente abgetrennt und die Stäbe aus den Brennelementen gezogen und für die Endlagerung in gusseiserne Container verpackt werden – wenn denn der Salzstock jemals als Endlager genehmigt werden sollte. Monika Tietke wendet und passiert den Polizeiwagen, der ihr gefolgt ist. »Jetzt notieren sie wieder.« Es sei skandalös, aber sie hätte sich schon fast daran gewöhnt, dass die Polizei Atomkraftgegner beobachte, verfolge und Telefone abhöre.

20,7 Millionen Euro hat das Land Niedersachsen 2006 für den Polizeieinsatz mit 11 000 Beamten gezahlt. Außerdem wurden rund 7000 Bundespolizisten eingesetzt. Wie viel die Einsätze der Polizei, die stets zu den größten der Bundesrepublik zählen, kosten, weiß man im Bundesinnenministerium offenbar nicht: »Zu den Einsatzkosten im Jahr 2006 liegen dem Innenministerium keine belastbaren Informationen vor. Prognosen zu den Gesamtkosten 2008 können ebenfalls nicht getroffen werden«, sagt dessen Sprecher Markus Beyer.

Für das atomare Endlagerprojekt Gorleben sind laut Bundesregierung von 1977 bis Ende 2007 1,51 Milliarden Euro ausgegeben worden. Obwohl es derzeit ein Moratorium für die Erkundung des Salzstocks gibt, werden im laufenden Haushaltsjahr 27,6 Millionen für das »Endlagerbergwerk Gorleben« veranschlagt.

Die Badewanne läuft weiter über. Radioaktiver Müll sammelt sich und sammelt sich, niemand weiß, ob es überhaupt ein Endlager geben wird. Die Kosten für die Suche nach einer sicheren Lagerstätte und die Folgen der Atomkraft trägt die Allgemeinheit.



Kostet den Steuerzahler 1,51 Milliarden Euro: Atomares Endlager